



Abby Martins Klage über das Mandat des israelischen Treueeides in den USA

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Abby Martin (AM): Im Februar dieses Jahres sollte ich einen Vortrag an der Georgia Southern University halten. Um vortragen zu können, sollte ich vor der Veranstaltung eine staatlich vorgeschriebene Verpflichtung unterzeichnen, Israel nicht zu boykottieren, die ich verweigerte. Meine Einladung wurde zurückgezogen, und die Konferenz wurde daraufhin abgesagt. Ich beschloss, den Staat Georgia zu verklagen, da die Unterzeichnung einer Anti-BDS-Klausel im Rahmen einer Tätigkeitsausübung in diesem Staat, eine direkte Verletzung meiner verfassungsmäßigen Rechte auf Redefreiheit und Teilnahme an politischen Boykotten darstellt. Ähnliche Gesetze existieren in 28 Staaten des Landes. Sie können die gesamte Pressekonferenz mit meinen Anwälten, mit CAIR (Council on American-Islamic Relations) und dem Partnership for Civil Justice Fund auf unserem YouTube-Kanal verfolgen, den Link finden Sie weiter unten. Eine der Hauptanwältinnen, Mara Verheyden-Hilliard vom Partnership for Civil Justice Fund, wird nun über den aktuellen Stand des Falls berichten.

Vielen Dank für Ihre Zeit. Zunächst wollte ich mich über den aktuellen Stand meiner Klage informieren, die mit CAIR (Council on American-Islamic Relations) und beim PCJF (Partnership for Civil Justice Fund) eingereicht wurde. Als wir im Februar die Pressekonferenz abhielten, wurde die Klage am selben Tag eingereicht. Können Sie uns über die bisherigen Geschehnisse informieren, was wurde seitdem rechtlich dagegen unternommen?

Mara Verheyden-Hilliard (MVH): Seit wir die ursprüngliche Klage

eingereicht haben, haben wir zusätzlich eine erweiterte Klage eingereicht. In diese konnten wir auch einiges von dem Material aufnehmen, das seit der ursprünglichen Einreichung erschienen ist und das die hintergründige Kommunikation in Georgia wiedergibt, in der Maßnahmen ergriffen wurden, um Sie daran zu hindern, im Dienste des Gesetzes zu sprechen, das als Zensor gegen diejenigen fungiert, die die BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestition und Sanktionen) unterstützen. Die Angeklagten in diesem Fall sind inzwischen zur Abweisung dieser übergegangen, was wir erwartet hatten. Sie haben einen Klageabweisungsantrag gestellt. Daraufhin haben wir Einspruch eingelegt, und jetzt wurde ein Schriftsatz zur Unterstützung des Falles von J. Street und einer jüdischen Menschenrechtsorganisation von Rabbinern in den Vereinigten Staaten eingereicht, die sehr stark der Meinung sind, dass der Erste Verfassungszusatz diese Art von Zensur nicht tolerieren kann. Aufgrund dessen haben sie sich unserem Bemühen angeschlossen, da sie nicht glauben, dass das BDS-Gesetz verfassungsgemäß ist, ungeachtet ihrer eigenen Gefühle gegenüber dem BDS.

AM: Nur wenige Tage, nachdem diese Klage eingereicht und in der Presse über diese ausführlich berichtet worden war, twitterte Netanyahu: Wer uns boykottiert, wird boykottiert ... In den letzten Jahren haben wir in den meisten US-Bundesstaaten Gesetze gefördert, die festlegen, dass gegen jeden, der versucht, Israel zu boykottieren, hart vorgegangen werden muss.

Hier haben Sie also ein fremdes Land, das im Wesentlichen mit wirtschaftlichen Konsequenzen droht, um die verfassungsmäßigen Rechte der Amerikaner zu diktieren. Zusätzlich gab es Staatsbeamte aus Georgia, die im Wesentlichen Israel, Netanyahu, als Teil ihrer Verteidigung für diese Gesetze zitierten, ich meine tatsächlich zitierten. Ich verweise darauf, dass dies ein Fall der Meinungsfreiheit nach der Verfassung der USA ist. Wie kommt es also, dass ein ausländischer Führer verschleierte Drohungen mit wirtschaftlichen Konsequenzen ausspricht? Und dann haben Sie tatsächlich Staatsbeamte in Georgia, die ausländische Beamte als Grund dafür anführen, die US-Verfassung hier zu untergraben.

MVH: Es ist bemerkenswert und grundsätzlich beunruhigend, dass Sie in den Vereinigten Staaten Beamte gewählt haben, die tatsächlich bereit sind, die

Rechte der Amerikaner im Ersten Verfassungszusatz auf Ersuchen eines fremden Landes hin zu opfern. Es verlangt im Grunde genommen, dass Sie und alle anderen einen Treueeid auf ein fremdes Land leisten, um einen Vertrag mit dem Staat Georgia abschließen zu können. Die Situation ist so extrem, dass eine der Gesetzesgeberinnen des Staates, Deborah Silcox, bei dem Versuch der Gesetzesänderung und der Erhöhung der Obergrenze auf hunderttausend Dollar, um unseren Fall als strittig zu erklären, in einer Ausschusssitzung der Legislative des Staates sagte, dass sie vom israelischen Konsulat gebeten worden sei, diesen Schritt zu unternehmen, und offenbar sogar ein Mitglied des israelischen Konsulats als Rednerin in diese Sitzung holte.

Dies sind die Vereinigten Staaten. Hier sagt man uns immer und immer wieder, dass es die amerikanischen Rechte sind, dass wir den Ersten Verfassungszusatz haben, dass wir die Verfassung haben, dass wir die Bill of Rights haben, dass dies für die amerikanische Freiheit steht. Und dann können sie einfach schnell umschwenken und sagen, dass ein anderes Land angeordnet hat, dass wir diese Maßnahmen ergreifen, und das werden wir auch tun. Die Tatsache, dass Netanyahu auf diesen Rechtsstreit und auf die Herausforderungen und die Bemühungen reagiert, die von diesem, Sie wissen schon, höchsten Beamten in Israel an eine Bewegung in den Vereinigten Staaten und weltweit herangetragen werden, sagt etwas über die Wirkung dieser Bewegung aus. Ich meine, die Geschichte des Boykotts, die Geschichte des Boykotts in den Vereinigten Staaten und des globalen Boykotts ist eine Geschichte des Kampfes, eine Geschichte der Einheit, eine Geschichte, in der Menschen in gewaltfreier kollektiver Aktion zusammenkommen, um für Gerechtigkeit zu kämpfen. Und wenn man offensichtlich an den Boykott des Apartheid-Südafrikas denkt, wenn man an den Bus-Boykott von Montgomery in den Vereinigten Staaten oder an César Chávez und den Trauben-Boykott denkt, waren dies entscheidende Momente, in denen die Menschen in der Lage sind, einen Weg kollektiven Handelns zu finden und Einfluss zu nehmen wenn sie Einfluss nehmen müssen. Israel und Netanyahu haben große Angst vor dieser Bewegung und versuchen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um eine Bewegung für Gerechtigkeit zu stoppen, der sie sich widersetzen.

AM: Sie erwähnten, dass einer der Versuche, diesen Fall abzuweisen, darin bestand, die Obergrenze von 1.000\$ für unabhängige Auftragnehmer zu ändern. Meine Vergütung für den Vortrag sollte 1000 Dollar betragen- ändern Sie es

nun von 1.000 auf 100.000. Sie versuchen im Wesentlichen zu vermitteln, dass Sie Redefreiheit haben, wenn Sie weniger als das verdienen. Alles darüber hinaus und Sie müssen auf Ihr Recht auf Arbeit verzichten. Überdenken Sie die Logik, die hinter dem Versuch steht, einen Dollarbetrag für Ihre Rechte auf Redefreiheit einzusetzen.

MVH: Versucht wurde unmittelbar nach der Klageerhebung eine Gesetzesänderung durch den Gesetzgeber in Erwägung zu ziehen. Der Grund hierfür ist einzig und allein die Abweisung Ihres Falles und zu versuchen, andere Fälle abzuschrecken. Was sie hofften, ist, dass das Gesetz in seiner jetzigen Fassung besagt, dass es für jeden Vertrag über tausend Dollar oder mehr in Kraft tritt. Sie wollten diesen Betrag auf hunderttausend Dollar erhöhen, denn ihre Hoffnung ist doppelt groß. Erstens, dass es weniger Menschen in diesem Netz geben wird, die weniger geneigt sind, die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes in Frage zu stellen, und zweitens, dass, wenn hunderttausend Dollar auf dem Spiel stehen, die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes in Frage stellt, weitaus geringer ist. Das ist ihre Hoffnung. Was sie damit konkret erreichen wollten, ist eigentlich nur, die Infragestellung Ihres Falls. Es war nur ein offensichtlicher Versuch, Ihren Fall zu entkräften. Etwas ähnliches geschah in Texas, wo der CAIR, der auch diesen Fall vorbringt, einen BDS-Fall erfolgreich verhandelt hatte. Dann änderte der Gesetzgeber das Gesetz, um die Vertragssumme auf hunderttausend zu erhöhen. Der Kläger in diesem Fall hatte einen unter diesem Betrag liegenden Vertrag, und so nutzten sie diesen, um die Klage abzuweisen. Darum geht es hier.

AM: Sind Sie besorgt über ähnliche Ergebnisse, die die Klagen in diesen Staaten einstellen würden?

MVH: Nun, wie ich bereits erwähnt habe, haben die Angeklagten natürlich einen Antrag auf Klageabweisung gestellt, was zu erwarten war. Das ist der natürliche Verlauf eines Rechtsstreits. Wir haben Einspruch eingelegt. Das Gericht, das Bezirksgericht, wird auf der Grundlage dieser Anträge und natürlich auch des Amicus Curiae, der zur Unterstützung des Boykottrechts des Ersten Verfassungszusatzes eingereicht wurde, eine Entscheidung treffen. Ich glaube, dass dieser Fall ein kritischer Fall im Hinblick auf die Redefreiheit in

den Vereinigten Staaten ist. Ebenso glaube ich, dass es ganz offensichtlich ist, dass keine Regierung gemäß dem Ersten Verfassungszusatz das Recht hat, zu bestimmen, dass der Erhalt eines Vertrags, einer Zahlung oder die Fähigkeit zur Ausübung einer Tätigkeit von einem bestimmten Standpunkt abhängig gemacht wird, dass wir keinen Vertrag mit Ihnen unterzeichnen werden, es sei denn, Sie geben auf und leugnen einen bestimmten Standpunkt und eine politische Aktivität, die hier konkret in einem Boykott zur Unterstützung der BDS besteht. Das ist illegal. Es ist verfassungswidrig. Es ist völlig inakzeptabel, und so erwarten wir, dass dieses Gesetz als verfassungswidrig eingestuft wird.

AM: Sie erwähnten, dass zwei Organisationen, J Street und T'ruah, vor kurzem einen Amicus Curiae zur Unterstützung dieser Klage eingereicht haben. Wer sind diese Organisationen und welche Bedeutung hat die Einreichung eines Amicus Curiae Brief zur Unterstützung der Klage?

MVH: Bei den Organisationen handelt es sich um sehr bekannte und respektierte Organisationen, die jüdische Gemeinden in den Vereinigten Staaten vertreten. Beide wiesen darauf hin, dass sie sich mit ihrer Einreichung nicht per se als Befürworter oder Unterstützer der BDS-Bewegung ausgeben, sondern dass sie die Möglichkeit der Expression der BDS-Bewegung und die Möglichkeit eines kollektiven Boykotts der Amerikaner durch den Ersten Verfassungszusatz für entscheidend halten. Ebenso sprechen sie sich gegen Zensur aus, und weisen in ihrem Schriftsatz neben den rechtlichen Argumenten auch auf die Geschichte der Zensur und Verfolgung in den Vereinigten Staaten hin, einschließlich der Auswirkungen auf jüdische Menschen, wenn versucht wird, Menschen zum politischen Sündenbock zu machen oder politisch anzugreifen, die sich für die Vereinigungsfreiheit und die Freiheit politischer Aktivitäten einsetzen, und der damit verbundenen Gefahren. Daher sprechen sie sich gegen das Gesetz aus. Sobald angefangen wird, auszuwählen was Menschen ausdrücken können, was sie in kollektiver Aktion gemeinsam ablehnen oder bekämpfen wollen, wenn man der Regierung, sei es auf der Ebene des Bundesstaates oder auf Bundesebene, erlaubt, Menschen zu zensieren und kollektive Aktionen oder individuelle Reden zu zensieren, dann ist das ein Weg, der letztlich für jeden in den Vereinigten Staaten außerordentlich schädlich sein wird, und sie sind sich dessen bewusst.

AM: Offensichtlich geht es hier nicht nur um mich oder Georgia, aber rein hypothetisch betrachtet, wenn wir diesen Fall in Georgia gewinnen, was sind die Auswirkungen auf die etwa 28 anderen Staaten, die diese Gesetze haben.

MVH: Je nachdem, wie das Bezirksgericht im Fall Arkansas entscheidet, stellt sich die Frage, ob der Fall an den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten weitergeleitet wird oder nicht. Gegenwärtig scheinen diese Gesetze faktisch so verfassungswidrig zu sein, dass es außergewöhnlich erscheint, dass dies sogar Gegenstand einer Debatte sein kann, und dennoch ist es so. Ich denke also, dass dies ohne Frage eine Angelegenheit ist, die letztendlich geklärt werden muss. Meiner Meinung nach wird es letztendlich mit dem Verständnis beigelegt, dass der Erste Verfassungszusatz nicht befürworten kann, dass die Regierung den Finger auf das Ausmaß der Debatte legt und dem Volk der Vereinigten Staaten oder irgendeines Staates oder irgendeiner Person, die mit dem Staat einen Vertrag schließen will, sagt, was sie befürworten oder nicht befürworten darf, was sie in Bezug auf Verhalten und Aktivitäten, die durch den Ersten Verfassungszusatz geschützt sind, tun oder nicht tun darf.

AM: Und schließlich scheint es so, als ob pro-palästinensische Reden im Allgemeinen ein primäres Angriffsziel sind. Wenn ich mich nicht irre, gibt es in Georgia ein widersprüchliches Gesetz, das diesen Begriff der Redefreiheit schützt, aber nur für bestimmte Persönlichkeiten und nicht für andere.

MVH: Nun, auf eine Alice-in-Wonderland-ähnliche Weise gab es die so genannte Campus-Bewegung für Redefreiheit, die in Wirklichkeit eine Bewegung zur Unterstützung bestimmter Reden ist, im Allgemeinen rechtsgerichtet, reaktionär, die Reden der Mächtigen, und zur Unterdrückung der Reden derjenigen, die dagegen sind oder dagegen protestieren. Und der Gesetzgeber des Bundesstaates Georgia hat tatsächlich eines dieser Gesetze zur Redefreiheit auf dem Campus verabschiedet, das erneut die Tatsache feststellt, dass die Universitäten keine Maßnahmen im Hinblick auf die Aktivitäten der Studenten im Rahmen des Ersten Verfassungszusatzes ergreifen können, was im Allgemeinen zu befürworten wäre, aber die Art und Weise, wie diese Gesetze geschrieben sind und wie sie in der Praxis umgesetzt werden, besteht im Allgemeinen darin, dass der Erste Verfassungszusatz nur für diejenigen gilt, die häufig sehr rassistische, bedrohliche und reaktionäre

Ansichten vertreten. Diese Leute haben tatsächlich ein Recht auf freie Meinungsäußerung, aber wenn von der freie Meinungsäußerung im Widerspruch zu diesen Ansichten Gebrauch gemacht werden möchte, wird die oppositionelle freie Meinungsäußerung tatsächlich unterbunden. Und dieses Gesetz hat zwar Einfluss in einer Campus-Umgebung, könnte aber natürlich jeden in Georgien betreffen der in irgendeiner Umgebung Verträge abschließt. Aber hier haben Sie eine Campus-Umgebung, und daher scheint es geradewegs auf dieses andere Gesetz zu treffen, das angeblich die Redefreiheit auf dem Campus schützt.

AM: Ich denke, dass diese Anti-BDS-Gesetze heute das wichtigste Thema der Redefreiheit sind. Mara Verheyden-Hilliard, ich bin sehr dankbar, dass Sie mich vertreten. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben und uns über den aktuellen Stand des Falles informieren.

MVH: Vielen Dank auch.

ENDE